Beilage
Werkausschuss SÖR

FRAKTION
DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION
IM STADTRAT ZU NÜRNBERG

CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

Wolff´scher Bau des Rathauses
Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 231 – 2907
Telefax: 09 11 / 231 – 4051
E-Mail: csu@stadt.nuernberg.de
www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

mk / 4. August 2014
Brehm / Krieglstein

Straßenausbaubeitragssatzung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir nehmen Bezug auf das beigefügte Schreiben vom 08.05.2014, des Servicebetriebs Öffentlicher Raum.

In diesem Schreiben nimmt Herr Bürgermeister Vogel für die Verwaltung wie folgt Stellung zu unserer mündlichen Anfrage im Werkausschuss am 28.04.2014:

> *"Im Rahmen des Sparpakets 2003 hat der Stadtrat am 20.11.2002 die Anpassung der Anliegeranteile an die Maximalwerte der Mustersatzung des Bayer. Gemeindetages beschlossen. Die Beitragssätze wurden daraufhin in der Straßenausbaubeitragssatzung insbesondere bei Maßnahmen mit relativ hohen Vorteilen für die Anlieger mit den Höchstwerten von 80 % anlässlich einer Satzungsänderung am 09.04.2003 festgeschrieben. Erwähnen möchte ich noch, dass alle Großstädte die Beitragsfähigkeit von Baumaßnahmen sowohl für die Verbesserung als auch für die Erneuerung von öffentlichen Verkehrsflächen in ihren Satzungen verankert haben"* (siehe Anlage).

Das Straßenausbaubeitragsrecht ist zweifelsohne eine komplexe Materie, die in vielen Fällen Abgrenzungsstreitigkeiten zwischen betroffenen Bürgern und Kommunen nach sich zieht. Die Kritik der Bürgerschaft an dem Abrechnungsverfahren in den letzen Monaten zeigt jedoch, dass die Transparenz nicht gewährleistet ist. Die Sorgen der Bürger über unverhältnismäßig hohe Abrechnungsbeiträge, die an die Verwaltung und an die Stadtratsfraktionen herangetragen wurden und werden, müssen ernst genommen werden.

In diesem Kontext ist es aus unserer Sicht erforderlich sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Möglichkeiten auf Grundlage der aktuellen Haushaltslage der Stadt bestehen, die Straßenausbaubeitragsatzung zu verändern. Gibt es Ermessenspielräume in der konkreten Umsetzung? Welche Auswirkung hat dies für die städtischen Finanzen?

Die Masse der Bescheide laut Bericht im letzten SÖR-Werkausschuss ist unter 200.- € und damit verdächtig nahe an der Unwirtschaftlichkeit. Dazu kommen eine ganze Reihe von Einzelbescheiden mit sehr hohen Summen, die in Einzelfällen zu wirtschaftlichen Problemen der Eigentümer führen können. Alle diese Effekte sollten bei der Gesamtbetrachtung offen dargestellt werden, um evtl. eine bürgerfreundlichere Handhabungen zu ermöglichen ohne den Haushalt wirtschaftlich zu sehr zu belasten.

Vor diesem Hintergrund stelle ich daher für die CSU Stadtratsfraktion zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

1. Die Verwaltung aktualisiert die derzeitige Straßenausbausatzung und die geltenden Vollzugshinweise unter Berücksichtigung des Antrags der CSU Stadtratsfraktion vom 10.02.2014 „Erhöhung der Transparenz...".

2. Es wird berechnet, was ein Verwaltungsakt kostet und ab welchen Beträgen der Aufwand die eingeforderten Mittel im Einzelfall übersteigen. Unter Abzug dieser Kleinbeträge aus den Gesamterträgen ist darzustellen, wie Verwaltungskosten und mehrjähriges Mittel an Erträgen sich gestalten.

3. Die Verwaltung berichtet auch, welche Summen dauerhaft uneinbringlich oder langfristig gestundet sind.

4. Die Verwaltung prüft gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Freistaates Bayern, inwieweit sich der Begriff der „Verbesserung" in den rechtlichen Grundlagen auf tatsächliche Nutzungsverbesserungen hin konkretisieren lässt. Lediglich technische Verbesserungen – wie z.B. die Verwendung eines anders zusammengesetzten Unterbaus von Gehwegen – sind aus Bürgersicht keine Maßnahmen die eine Abrechnung rechtfertigen.

5. Die Verwaltung prüft, inwieweit in Nürnberg eine Herabsetzung der prozentualen Bürgeranteile in der Straßenausbaubeitragssatzung möglich ist und berichtet über die Konsequenzen auf den städtischen Haushalt.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Brehm
Fraktionsvorsitzender